

# **Berichte aus Stadt und Kanton Zürich**



**2. Hälfte August 2021**

## 16. August

In der Umgebung von Stammheim, ganz im Norden des Kantons gelegen, befindet sich das Zentrum des Hopfens in der Schweiz. Über die Hälfte der Schweizer Hopfenproduktion stammt aus dieser Gegend. Nur 1 Gramm Hopfen pro Liter Bier braucht es. Hopfen ist verantwortlich je nach Sorte für die Geschmacksnoten des Bieres. Ausgewachsene Hopfenranken werden bis zu 7 Meter hoch. Geerntet wird Ende August.

Seit dem Jahre 2008 ist man am Werkeln für ein neues IT-System für die ganze Zürcher Justiz, von der Polizei über die Staats- und Jugendanwaltschaften bis zum Strafvollzug. Eine wahre Leidensgeschichte. Unterdessen soll das Projekt 3-mal so viel kosten wie ursprünglich veranschlagt und dafür nur noch Justizvollzug und Opferhilfe umfassen. Das Projekt wurde Jahre später und nach dem Scheitern von Projekten diverser Namen im Jahre 2018 neu ausgeschrieben. Die unterlegene Firma Ultra-soft präsentierte ein Projekt über 8,7 Millionen, der Sieger, die Firma Abraxas ein solches für 7.9 Millionen Franken. Abraxas erhielt also den Zuschlag. Allerdings wurde unterdessen das Projekt stark erweitert und soll neu 15.6 Millionen kosten. Auf dieser Basis wollte der Regierungsrat jetzt mit Abraxas einen Vertrag unterschreiben. Ultra-soft aber akzeptiert dies nicht und gelangt an das Verwaltungsgericht mit dem Argument, das Projekt sei ein neues und hätte noch einmal ausgeschrieben werden müssen. Stand heute, nach 13 Jahren: Alles noch offen!

## 17. August

Tonhalle am See, Opern- und Schauspielhaus, aber auch das Theaterspektakel und das Casino Winterthur werden nach der jeweiligen Saisonöffnung ein Covid-Zertifikat von ihren Besucher\*innen verlangen. Theater Neumarkt und Hechtplatz warten noch ab.

## 18. August

Schon wieder ein Teilerfolg von Brian (Carlos) vor Bundesgericht. Das oberste Gericht rügt das Zürcher Obergericht, es habe seinen Entscheid zur Verlängerung der Sicherheitshaft von Brian unzureichend begründet.

Nach dem kürzlichen Entscheid des Bundesgerichtes in Sachen Klimaaktivist\*innen erstaunt das Urteil des Bezirksgerichtes Zürich wenig. Der Einzelrichter verurteilt eine der Aktivistinnen, eine Jus-Studentin, wegen Nötigung. Sie nahm im Jahre 2020 teil an einer Blockade der Quailbrücke. Nötigung deshalb, weil die übrigen Verkehrsteilnehmende gezwungen wurden, anzuhalten, zu warten, die Brücke zu umfahren und nicht dazu, die Umweltpolitik zu verbessern. Die Verteidigerin kritisiert das Urteil. Friedliche Demonstrationen würden so kriminalisiert. Wer an einer gewaltfreien Demonstration teilnehme, müsse mit einem Schuldspruch rechnen. Ein Weiterzug des Urteils ist noch nicht beschlossen.

Im letzten Oktober nahm das Unispital eine Permanence im berühmten Cercle am Flughafen in Betrieb. Da bis heute rote Zahlen resultieren, wird dieses Gesundheitsangebot per Ende September wieder geschlossen. Gesundheit muss eben rentieren...

## 19. August

Ein Alt-Bundesrichter untersuchte im Auftrag der Volkswirtschaftsdirektion, ob der gesetzlich vorgesehene Kostenanteil der Gemeinden von 20 Prozent an den Wegabschnitten des durchgehenden Seeuferweges legitim ist und ob diese Beiträge gebundenen Ausgaben sind. Der Regierungsrat bezeichnete die Kostenanteile als nicht gebundene Ausgaben. Damit hätten die Gemeinden die Mög-

lichkeit gehabt, diese Beiträge abzulehnen und damit den Seeuferweg zu torpedieren. Das Gutachten kommt nun zum Schluss, die 20%-Anteile an den Kosten des Seeuferweges seien gebundene Ausgaben und damit zwingend. Ein Sieg für die Verfechter\*innen des Seeuferweges, die aber immer noch einen sehr langen Atem haben müssen!

Die Stadt Zürich würde gerne direkt Geflüchtete aus Afghanistan aufnehmen. Zusammen mit anderen Städten schrieb der Stadtrat an den Bundesrat. Natürlich hat die eidgenössische Justizdirektorin, die freisinnige Hardlinerin, ihr Veto eingelegt.

20. August

Der Uno-Sonderberichterstatter für Folter hat dem Bund in Sachen Brian (Carlos) geschrieben und auf die völkerrechtswidrige Situation im Züricher Justizvollzug hingewiesen. Statt sich zu einer Antwort zu bequemen überweist der Bund den Brief zur direkten Beantwortung an die Justizbehörden des Kantons Zürich. Die tut dies auch in der schon bekannten Art und Weise, nach der Alles ok sei! Das will sich der Sonderberichterstatter nicht gefallen lassen. «Das ist, als würde man bei einem Prozess einfach die Sicht des Verdächtigen übernehmen» moniert er. Er will erneut beim Bund intervenieren.

21. August

Vor gut 3 Monaten hat die Stadt ein Meldetool für sexuelle und sexistische Belästigungen lanciert. Jetzt, nach 100 Tagen eine erste Bilanz: Es sind fast 600 Meldungen eingegangen, fast sechs Meldungen pro Tag. Gemeldet werden vom Anstarren über verbale Belästigungen bis hin zu tätlichen Angriffen. Die Meldungen erfolgen anonym, deshalb kann auch bei Officialdelikten nicht interveniert werden.

23. August

Ende Juni 2021 wohnten 434'369 Personen in der Stadt Zürich. Dies sind nur 361 mehr als am 31. Dezember 2019. In den früheren Jahren konnten jährliche Zunahmen in der Grössenordnung von 5000 Menschen verzeichnet werden. Ist dies nur ein Corona-Knick? Die Geburtenzahl blieb in Etwa gleich. Deutlich weniger Schweizer\*innen und Menschen mit Aufenthaltsbewilligungen B und C zogen in die Stadt, im Gegenteil, seit 2015 ziehen immer mehr Schweizer\*innen von Zürich weg als neue hinzukommen. Ist dies eine Trendwende?

24. August

«Ausgerechnet die SP verzögert den Bau einer Velovorzugsroute» Diese Schlagzeile konnte man heute in der NZZ lesen. Was ist geschehen? Der Stadtrat will die Mühlebachstrasse im Seefeld zu einer Velovorzugsroute erklären. Dies gemäss der Velorouteninitiative, die vom Stimmvolk angenommen wurde. In der Initiative steht auch, Velostrassen seien «grundsätzlich autofrei». Nur Fahrten von Anwohner\*innen und Gewerbe sollen erlaubt bleiben. An der Mühlebachstrasse will der Stadtrat allerdings auf ein Fahrverbot verzichten. Die SP und der Velolobby-Verband Pro Velo verstehen dies als Weigerung, den Volkswillen umzusetzen. Daher haben sie beim Stadthalteramt eine Einsprache gegen diesen Plan eingereicht. Auch der Hauseigentümer- und der Gewerbeverband haben allerdings den ursprünglichen Entscheid des Stadtrates ebenfalls angefochten. Es würden zu viele Parkplätze aufgehoben, nämlich 27 weisse und 105 blaue Parklätze. Auch die beiden Verbände dürften an das Stadthalteramt gelangen.

Die Universität Zürich wollte eine neue Disziplinarverordnung einführen. Dort sollten zum Beispiel Plagiatsvergehen mit einer Busse bis 4000 Fr. belegt werden. Allerdings ist die Verordnung so formuliert, dass, gemäss einem Sprecher der Studentenschaft, nun die politische Freiheit der Studierenden

mittels Geldstrafen bedroht werden könne. So nennt der Sprecher als Beispiel die feministische Streikwoche vom letzten Jahr: Aktivistinnen und Aktivisten besetzten Räume der Universität und führten Informationsveranstaltungen durch. «Mit dem neuen Reglement könnte jede Aktivistin und jeder Aktivist mit Geldbussen gestraft werden.» Das Verwaltungsgericht, an das die Studentenschaft gelangt ist, hat die Disziplinarverordnung nun als illegal bezeichnet und diese aufgehoben. Es fehle die gesetzliche Grundlage. Die Uni kann den Entscheid an das Bundesgericht weiterziehen.

Was wenn eine Parlamentarierin ein Kind bekommt oder ein Parlamentarier schwer erkrankt? Da bleiben nur zwei Varianten: Das Parlamentsmitglied tritt per sofort zurück oder der Sitz bleibt bis zur Rückkehr vakant und die Partei muss auf eine Stimme verzichten. Zwei Kantonsrätinnen der SP und der Freisinnigen reichten am selben Tag zwei parlamentarische Initiativen ein. Die eine wollte eine Stellvertretungsregelung. Die erste nicht gewählte Person auf der jeweiligen Parteiliste sollte die Stellvertretung des ausfallenden Ratsmitgliedes übernehmen. Die zweite Initiative sah vor, dass ein anderes Mitglied derselben Fraktion zwei Stimmen haben sollte. Die erste Version fand im Parlament genug Stimmen für eine vorläufige Unterstützung, es braucht dazu mindestens 60 Stimmen, die zweite verfehlte dieses Quorum.

Die Mitglieder des Bankrates der Zürcher Kantonalbank werden von den Fraktionen portiert und vom Kantonsrat gewählt. Der Finanzmarktaufsicht (FINMA) missfällt dies. Sie will, dass die Kandidat\*innen von einer externen Beratungsfirma geprüft werden sollen. Das nennt sich Professionalisierung und Entpolitisierung. Der Rat stimmte dem neuen Wahlreglement im Prinzip zu. Die Schlussabstimmung ist noch ausstehend.

25. August

Das Bundesgericht hat alle Einsprachen von Nachbarn gegen die Sanierung der Roten Fabrik nach dem Brand von 2012 definitiv abgelehnt. Damit steht einem Beginn der Arbeiten nichts mehr im Wege.

Der Parteisekretär der Zürcher SVP hat kürzlich eine Krebserkrankung überstanden. Er gilt deshalb als Risikopatient. Verständlich, dass es sich trotz seines Amtes impfen liess. Dies führte zu unschönen Anwürfen. Er verlässt deshalb sehr kurzfristig seinen Posten. Sein Nachfolger ist ein AUNS-Mann aus Bern, dem der Ruf eines Hardliners besitzt.

Kürzlich war vom Circle die Rede, jenes riesigen Dienstleistungskomplexes am Flughafen, der letztes Jahr hätte eröffnet werden sollen. Dazu einige Zahlen. Gekostet hat das Ding 1,2 Milliarden Franken, er hat eine Fläche von 180'000 Quadratmeter, bietet 6500 Arbeitsplätze, 500 Hotelbetten, ein Kongresszentrum, medizinische Dienstleistungen, zahlreiche Geschäfte, Restaurants, Fitnesscenter und eine Kindertagesstätte. Waren letztes Jahr bei der Eröffnung 83% der Flächen vermietet, so sind es jetzt 85%. Allerdings ist eines der Hotels noch nicht eröffnet, die Marktlage habe dies bislang noch nicht erlaubt. Das Universitätsspital wird, wie gemeldet, seine Permanence per Ende September wieder schliessen.

26. August

Der Zürcher Gemeinderat hat sich für den Abbruch und einen Neubau statt einer Sanierung der Hardau-Siedlung ausgesprochen. Im November wird das Stimmvolk über eine 70 Millionen Franken Kredit abstimmen können. Die Siedlung besteht aus drei viergeschossigen Wohnblöcken, die vor knapp 60 Jahren gebaut wurden und umfasst 80 Wohnungen. Neu sollen 122 Wohnungen entstehen. Zwar sei die Statik der Gebäude noch gut, aber alles andere jedoch veraltet. Eine sanfte Renovation wird es nicht geben. So hätten die heute tiefen Mietzinse beibehalten werden können.

Das Fernwärmenetz soll in Zürich massiv ausgebaut werden. Bis 2040 sollen Wipkingen, Oberstrasse, Unterstrasse, Aussersihl sowie die Gebiete Guggach und Sihlquai sollen mit dem Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz verbunden werden. Das Projekt soll 330 Millionen Franken kosten. Das Geld soll aber über die Jahre hinweg wieder zurück in die Stadtkasse fliessen, weil die Bezüger der Wärme dafür bezahlen werden. Über die 330 Millionen soll auch im November abgestimmt werden. Die SVP wird die Nein-Parole beschliessen.

Eine neue Volksinitiative hat sich die SP zum Auftakt des Wahlkampfes einfallen lassen. Die Stiftung PWG (Stiftung zur Erhaltung preisgünstiger Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich) und die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich sollen je 100 Millionen Franken erhalten zum Kauf von Liegenschaften und Wohnungen.

Am 1. Juni 2021 standen 5520 Wohnung leer im Kanton Zürich. Das sind 1330 weniger als vor einem Jahr. Die Leerwohnungsziffer sank somit von 0.9 auf 0.7 Prozent. In der Stadt sind es 381 Einheiten gegenüber 339 vor Jahresfrist. Die Leerwohnungsziffer bleibt bei sagenhaften 0,17 Prozent!

27. August

Die vierte Stadtratskandidatin der SP heisst Simone Brander. Sie hat sich an der Delegiertenversammlung der SP gegen die Nationalrätin Min Li Marti mit 107 zu 84 Stimmen durchgesetzt.

Die Entwicklung an der Zürcher Volksschule bereitet Sorgen. In den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der Sonderschüler\*innen von 3000 auf über 6000 verdoppelt. 4% aller Kinder hatten 2019 einen Sonderschulstatus. 2020 ist die Sonderschulungsquote von 4 auf 4,2%, von 6169 auf 6584 Kinder gestiegen. Hier macht sich die ungenügende Dotierung der Integrierten Förderung (IF) negativ bemerkbar.

Der erste Neubau der Universität seit 20 Jahren wird eröffnet. Es ist das Chemielaborgebäude, in dem Grundlagenforschung mit nachhaltigen Anwendungen verbunden wird. Erforscht werden dort unter anderem sichere Batterien für erneuerbare Energien, natürliche Ansätze für die biologische Landwirtschaft und mögliche Medikamente für gesundes Altern.

Nach Arbeitslosigkeit erhalten 20- bis 30-Jährige meistens einen höheren Lohn. Die über 55-Jährigen müssen nach einer Arbeitslosigkeit in 70% aller Fälle mit einer Lohneinbusse rechnen. Dies geht aus einer Präsentation des Amtes für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich hervor.

Die Saga Bührlle will kein Ende nehmen! Wie der Beobachter berichtet, haben Fürsorgeämter aus Zürich und der Ostschweiz junge, vermeintlich schwer erziehbare Mädchen und Frauen ins Marienheim der Ingenbohrer Schwestern in Dietfurt im Toggenburg eingewiesen. Dort mussten sie gegen ihren Willen in einer Textilfabrik Zwangsarbeit leisten. Eine Lohnabrechnung sahen sie nie. Verträge mit dem Industrieunternehmen, das dem Waffenfabrikanten und Kunstsammler Emil Bührlle gehörte, verhandelten die katholischen Schwestern aus und verwalteten auch das Entgelt. Die jungen Frauen (16- bis 20-Jährige) sahen kaum je Bargeld.

28. August

Die bereits traditionelle Velorundfahrt im Rahmen des Critical Mass besuchte am vergangenen, letzten Freitag des Monats das Seefeld. Es waren wiederum Tausende. Das erwartete Chaos trat ein und das Pfeifkonzert war beeindruckend.

Die Städte Zürich und Winterthur klagen gegen einen Kantonsratsbeschluss vor dem Bundesgericht. Dieser Beschluss will, dass die Gemeinden alle ihre Strassenbauprojekte dem Kanton zur Genehmigung vorzulegen haben. Selbst für einen Fussgängerstreifen müsste um Genehmigung nachgesucht werden.

Im Tagesanzeiger wird unter der Rubrik «Süsssaure Gurke» über den verstorbenen Journalisten und Schriftsteller Harry Gmür berichtet und dabei die verschiedenen Restaurants und Beizen aufgezählt, in denen er seine Berichte für den *vorwärts* (er war erster Chef-Redakteur der 1944 wieder zugelassenen Zeitung) schrieb. Es waren sehr noble Lokale darunter, wie das St. Gotthard an der Bahnhofstrasse, aber auch Kneipen im Niederdorf. Über seine Erlebnisse im Niederdorf schrieb er einen Roman «Am Stammtisch der Rebellen», der posthum im Jahre 2015 im Europaverlag erschien und jetzt im Jahre 2021 eine Neuauflage erlebt. Dieser Roman ist sehr zu empfehlen!

Mitte August teilte die Bildungsdirektion vollmundig mit, praktisch alle der fast 17 000 Lehrer\*innenstellen seien besetzt. Eine Umfrage des Zürcher Schulleiter\*innenverbands relativiert diese Aussage. Nur bei 44 Prozent der an einer Umfrage des Verbandes teilnehmenden Schulen seien alle Stellen besetzt. Bei 56 Prozent fehlten mindestens eine Lehrperson. In einigen Fällen hätten Klassen aufgelöst werden müssen. Von den nicht besetzten Stellen wurden gut die Hälfte mit befristeten Stellvertretungen besetzt, andernorts würden stufenfremde oder pensionierte Lehrpersonen aushelfen.

Das befürchtete und prognostizierte Loch in der Zürcher Staatskasse scheint weniger gross zu werden als erwartet. Neben höheren Beiträgen der Nationalbank dürften auch die Steuereinnahmen in den kommenden 4 Jahren jeweils um 200 Millionen Franken höher ausfallen als erwartet. Das Eigenkapital wird bis im Jahre 2025 von 10,6 auf 8,7 Milliarden Franken fallen. Eine Steuerfusserhöhung ist nicht geplant, von einer Senkung hat dieses Mal nicht einmal die SVP gesprochen.

30. August

Strukturwandel an der Bahnhofstrasse. An der Zürcher Luxusmeile zeichnen sich Änderungen ab. So wurden von einer Verwaltungsfirma in den letzten anderthalb Jahren 15 neue Verträge abgeschlossen. Dies bedeutet eine Zunahme der Mieterwechsel von 50 Prozent im Vergleich zu den Jahren von der Pandemie. Neue Branchen drängen an die Bahnhofstrasse, wie etwa Hyundai, die aber sicher nicht die letzte Automarke sein wird, die hier ein Geschäft eröffnet. Hyundai mietet sich in den ehemaligen Räumlichkeiten der Firma Franz Carl Weber ein um dort für ihre Edelmarke Genesis zu werben. Solch neue Konzepte brauchen Platz, es zeichnet sich ein Trend zu grösseren Läden ab. Die Kundschaft soll die Ware physisch sehen und in die Hände nehmen können. Geliefert wird dann frei Haus. So braucht es auch kein Privatauto mehr! Ein Warenhaus wie Manor, das kürzlich seine Tore schliessen musste, hat an der Bahnhofstrasse kaum mehr eine Chance, die Mieten sind einfach zu hoch. Bei kleineren Läden bis 200 m<sup>2</sup> wird ein Preis pro m<sup>2</sup> von Fr. 10'000.00 pro Jahr in Rechnung gestellt. 200 m<sup>2</sup> kosten also zwei Millionen Franken pro Jahr!

Das Zürcher Baurecht ist nicht einfach. Die Rudolf-Steiner-Schule wollte an der Plattenstrasse zwei anliegende Wohnhäuser in den Schulbetrieb integrieren. Das eine Haus ist im Inventar der schützenswerten Bauten aufgeführt. Es wurde saniert und zu einem Laborhaus umgebaut, in dem Naturwissenschaften unterrichtet werden. Das zweite Haus sollte abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden, der ins Nachbargrundstück hineinragen sollte und den Abstand zwischen den beiden Häusern vermindert hätte. 2016 gab der Zürcher Stadtrat grünes Licht. Allerdings war eine Ausnahmegewilligung nötig, da hier ein Wohnanteil von 90% vorgeschrieben war. Das Verwaltungsgericht hob diese Ausnahmegewilligung im Jahre darauf auf, da die Schule nicht zwingend auf diesen Standort für die Atelierschule angewiesen sei. Da kam der Gemeinderat zu Hilfe und beschloss, für die Kernzone Platte einen Wohnanteil von null Prozent. Dagegen rekurrierten nun verschiedene Anwohner vor dem Baurekursgericht und anschliessend vor dem Verwaltungsgericht. Das Verwaltungsgericht hat aus formalen Gründen an die Vorinstanz zurückgewiesen. Von dort kam wieder eine Ablehnung des Rekurses und beim zweiten Mal hat nun das Verwaltungsgericht dem Rekurs stattgegeben! Begründet wird dies, dass das erste, das schützenswerte Haus zur vollen Entfaltung seiner Schönheit

rundum einen gewissen Abstand zu den Nachbarbauten brauche. Der geplante Neubau würde einen zu kleinen Abstand lassen. Das Geschäft geht an die Stadt zurück!

31. August

Seit vielen Jahren lehnt der Kantonsrat den Energieplanungsbericht des Regierungsrates als ungenügend ab. Der Regierung war dies schnuppe. Zusatzwünsche würden nicht aufgenommen, meinte der SVP-Regierungsrat. Der Kantonsrat wollte die Regierung mit einer Initiative zwingen, bei Ablehnung des Energieplanungsberichts durch den Kantonsrat innert 6 Monaten einen neuen, angereicherten Bericht zu verfassen. Die von der Kommission erarbeitete Version konterte der Regierungsrat durch ein Rechtsgutachten. Nach langem Hin und Her wurde schliesslich eine Lösung gefunden. Planungsbericht und Energiestrategie werden getrennt. Lehnt der Rat die Strategie ab, so muss die Regierung nachbessern.

Die Grösse des Verwaltungsrates der EKZ (Elektrizitätswerke des Kantons Zürich) gab zu reden. Mit 15 Personen ist er reichlich dotiert. Die Regierung will auf 7 Personen verkleinern, auch weil Konzerne wie Nestlé nicht mehr haben! Ein guter Teil des Verwaltungsrates muss gemäss dem EKZ-Gesetz im Versorgungsgebiet des EKZ wohnen. Dumm nur, dass über 30 Gemeinden des Kantons, darunter die Städte Winterthur und Zürich, nicht zu diesem Gebiet gehören, da sie eigene Werke, wie das EWZ, haben. Schliesslich müssen die Verwaltungsräte nach Möglichkeit im Kanton Zürich wohnen. Es bleibt bei 15 Mitgliedern, damit das Zürcher Volk angemessen vertreten sei. Dass es sich um einen lukrativen Posten handelt, den die Parteien gerne ihren Notabeln zuschanzen, blieb unerwähnt.